

KOMPAKT

Fiat-Chef
Umberto Agnelli ist tot

ROM – Mit dem Tod von Umberto Agnelli (Bild) gehört der berühmte Name der Turiner Familiendynastie endgültig der Vergangenheit an. Schon sprechen viele vom «Fluch der Agnellis» – tragische Schicksalsschläge prägten ihre Familiengeschichte. Nachdem Umbertos Bruder Giovanni Anfang vergangenen Jahres gestorben war, trat der Grossindustrielle als letzter männlicher Agnelli die Präsidentschaft beim Traditionsunternehmen Fiat an. Wer jetzt die Führung des 1899 von Giovanni Agnelli I. gegründeten Konzerns übernehmen wird, ist ungewiss. Der Tod Umbertos mit nur 69 Jahren traf die Gruppe völlig unerwartet. Überhaupt hat eine unfassbare Serie von Todesfällen die Familie in den vergangenen 70 Jahren heimgesucht: Der Vater von Giovanni und Umberto, Edoardo Agnelli, kam 1935 bei einem Flugzeugabsturz in Norditalien ums Leben, während ihr Bruder Giorgio mit nur 36 Jahren einer schweren Krankheit erlag. Auch die Mutter starb 1945 mit nur 46 Jahren. Dann teilten sich die Brüder ein grausames Schicksal: Beide verloren innerhalb von nur wenigen Jahren einen Sohn. Der zum künftigen Fiat-Chef designierte Sohn von Umberto, Giovanni Alberto Agnelli, starb 1997 an einem seltenen Krebsleiden, während Giovanni ein einziger Sohn Edoardo vor vier Jahren Selbstmord beging. Als dann Fiat-Patriarch Giovanni Agnelli im Januar 2003 mit 81 Jahren an Krebs starb, schien es, als sei für den jüngeren Bruder Umberto – den «ewigen Zweiten» – die grosse Chance gekommen. In nur 15 Monaten schaffte er es, durch eine Konzentration auf das Kerngeschäft mit Autos und mit einem neuen Führungsteam, den schwer angeschlagenen Konzern wieder auf Kurs zu bringen. Markenzeichen der Agnelli-Brüder waren ihr schlohweisses Haar und das etwas verlebte Gesicht. Ansonsten hatten Giovanni und Umberto wenig gemein: Während der Ältere lange Zeit als Playboy, Draufgänger und Anhänger des internationalen Jet-Sets galt, stand der Jüngere stets im Schatten dieser schillernden Lichtgestalt. Dabei hatte er bereits 40 Jahre unermüdlich in verschiedenen Zweigen des Konzerns überaus erfolgreich gearbeitet. Was dem 1934 in Lausanne geborenen Industriellen an Charisma fehlte, machte er durch unternehmerische Qualitäten wett. (sda)



Der Vater von Giovanni und Umberto, Edoardo Agnelli, kam 1935 bei einem Flugzeugabsturz in Norditalien ums Leben, während ihr Bruder Giorgio mit nur 36 Jahren einer schweren Krankheit erlag. Auch die Mutter starb 1945 mit nur 46 Jahren. Dann teilten sich die Brüder ein grausames Schicksal: Beide verloren innerhalb von nur wenigen Jahren einen Sohn. Der zum künftigen Fiat-Chef designierte Sohn von Umberto, Giovanni Alberto Agnelli, starb 1997 an einem seltenen Krebsleiden, während Giovanni ein einziger Sohn Edoardo vor vier Jahren Selbstmord beging. Als dann Fiat-Patriarch Giovanni Agnelli im Januar 2003 mit 81 Jahren an Krebs starb, schien es, als sei für den jüngeren Bruder Umberto – den «ewigen Zweiten» – die grosse Chance gekommen. In nur 15 Monaten schaffte er es, durch eine Konzentration auf das Kerngeschäft mit Autos und mit einem neuen Führungsteam, den schwer angeschlagenen Konzern wieder auf Kurs zu bringen. Markenzeichen der Agnelli-Brüder waren ihr schlohweisses Haar und das etwas verlebte Gesicht. Ansonsten hatten Giovanni und Umberto wenig gemein: Während der Ältere lange Zeit als Playboy, Draufgänger und Anhänger des internationalen Jet-Sets galt, stand der Jüngere stets im Schatten dieser schillernden Lichtgestalt. Dabei hatte er bereits 40 Jahre unermüdlich in verschiedenen Zweigen des Konzerns überaus erfolgreich gearbeitet. Was dem 1934 in Lausanne geborenen Industriellen an Charisma fehlte, machte er durch unternehmerische Qualitäten wett. (sda)

Grenzen der
Legalität überschritten

BERN – Die Maler und Gipser haben am Freitag den zweiten Tag in Folge gestreikt, ganz zum Ärger des Schweizerischen Maler- und Gipserverbandes (smgv). Dieser kritisiert die Gewerkschaft GBI scharf und fordert neue Verhandlungen. «Die Ereignisse der letzten beiden Tage haben eines deutlich gemacht: Der GBI sind alle Mittel recht, um sich aus der aktuellen Rücklage zu befreien», schreibt der Arbeitgeber-Verband am Freitag in einer Mitteilung. Was sich an den beiden GBI-Streiktagen abgespielt habe, habe nichts mehr mit Streik zu tun, kritisiert smgv. Die durchgeführten Aktionen überschritten die Grenzen der Legalität. «Arbeitswillige Maler und Gipser wurden handgreiflich behindert, einzelne sogar mit Morddrohungen konfrontiert.» Mit den Aktionen habe die GBI gezeigt, was sie von der Einhaltung geltenden Rechts und geltender Normen hält, heisst es weiter. Deutlich geworden sei auch, dass die GBI nicht die Interessen der Maler- und Gipser, sondern diejenigen ihrer Funktionäre vertrete. «Unter diesen Umständen stellt sich für den smgv die Frage, wie weit die GBI noch als Sozialpartner bezeichnet werden kann», schreibt der Verband. Der smgv sei aber nach wie vor der Meinung, dass umgehend über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag verhandelt werden müsse. (sda)

«In vielen Dingen noch
korrekter als die Schweiz»

Heinz Batliner, Präsident der Bankenkommission über den Finanzplatz

VADUZ – Im Rechenschaftsbericht der Regierung für das Jahr 2003 zieht der Präsident der Bankenkommission, Heinz Batliner, ein äusserst kritisches Resümee über den heimischen Finanzplatz. Liechtenstein beuge sich, so der Präsident, unerklärlicherweise in die Defensive. Wie Liechtenstein seiner Meinung nach offensiver agieren kann, verriet er dem Volksblatt in einem Gespräch.

• Peter Kindle

Herr Batliner, im Rechenschaftsbericht der Liechtensteinischen Bankenkommission für das Jahr 2003 ziehen Sie das Resümee, dass der Finanzplatz Liechtenstein heute einen besseren Ruf besitzt, als in der Vergangenheit. Worauf führen Sie diesen Imagewandel zurück?

Heinz Batliner: Lassen Sie mich zunächst ein paar Worte zur Stellung der Bankenkommission sagen: Sie besteht aus fünf Mitgliedern und steht der Regierung als beratendes Organ bei der Beaufsichtigung der Banken, Finanzgesellschaften, Bankkonzerne und Investmentunternehmen zur Verfügung. Sie befasst sich mit grundsätzlichen Fragen der Banken- und Fondsaufsicht und gibt Stellungnahmen an die Regierung ab. Sie arbeitet ferner eng mit dem Amt für Finanzdienstleistungen zusammen, das die Arbeit der Bankenkommission in hervorragender Weise unterstützt. Die gute Arbeit dieses Amtes auf nationaler und internationaler Ebene trägt wesentlich zum Ansehen des Finanzplatzes bei. Gerade die Verstärkung der Aufsicht über den Finanzdienstleistungssektor ist einer der wichtigsten Faktoren, die zu einer Imageverbesserung beigetragen haben.

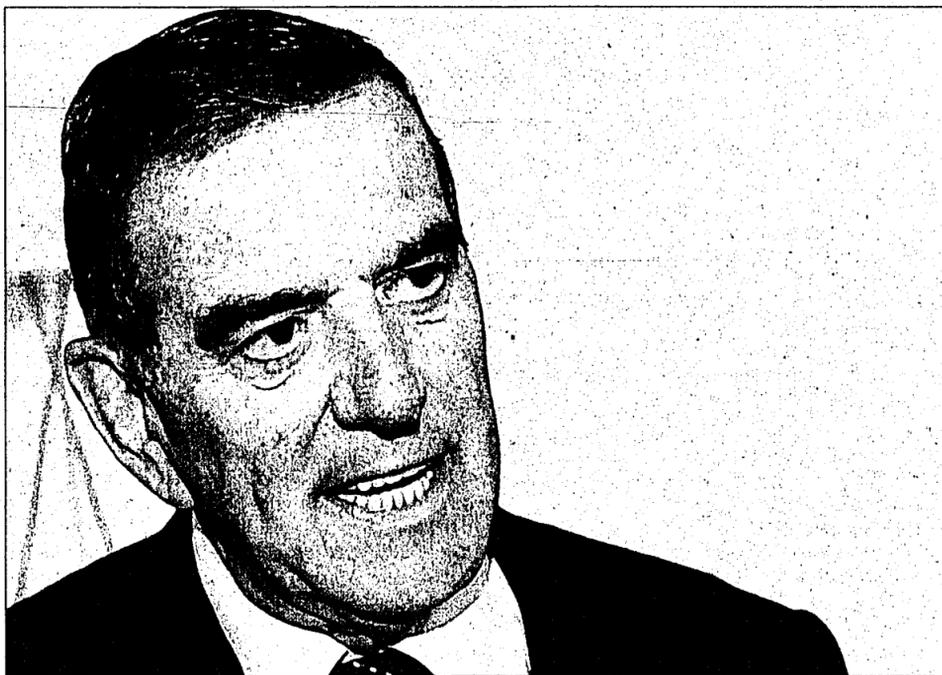
Guter Ruf: Umfassende
gesetzliche und
organisatorische
Massnahmen

Dem guten Ruf förderlich waren aber auch die umfassenden gesetzlichen und organisatorischen Massnahmen, die aufgrund der internationalen Kritik eingeleitet wurden. Ich denke da beispielsweise an die Verschärfung der Sorgfaltspflicht, den Aufbau einer Financial Intelligence Unit und die Verschärfung der Strafnorm gegen die Geldwäscherei, aber auch an bankinterne Massnahmen, wie die Einführung der «Know-your-customer-Regel».

Sie sprechen Wettbewerbsvorteile anderer Staaten an. Worin liegen diese?

Schweiz als Massstab
für Korrektheit

Nicht nur Liechtenstein hat in letzter Zeit neue Gesetze zur Regelung seines Finanzplatzes erlassen, sondern auch andere Staaten, darunter etwa die Schweiz. Die Schweiz gilt in internationalen Finanzkreisen als Massstab für Korrektheit und Sicherheit, und ich war immer der Ansicht, Liechtenstein sollte sich am schweizerischen



Heinz Batliner, Präsident der Bankenkommission: «Es ist wichtig, die gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, um künftig die Existenz des Finanzplatzes als wichtige Säule unserer Volkswirtschaft zu stützen.»

Masstab orientieren. Nun stelle ich aber in letzter Zeit vermehrt fest, dass sich Liechtenstein in vielen Dingen noch «korrekter» verhalten möchte als die Schweiz. Da muss sich ein Kunde mit Fug und Recht fragen, ob er sein Geld in Zukunft bei einer Liechtensteiner Bank anlegen will, oder ob er nicht der Schweiz den Vorzug gibt.

Wettbewerbsgefälle

Daraus entsteht für Liechtenstein ein Wettbewerbsgefälle, das es in dieser oder ähnlicher Form auch gegenüber anderen Finanzplätzen gibt.

Was kann denn Liechtenstein Ihrer Meinung nach tun, um den heimischen Standort bezüglich Wettbewerb zu verbessern?

Das Wichtigste ist, dass das Vertrauen in den Finanzplatz Liechtenstein gestärkt wird. Die Regierung ist in dieser Beziehung mit den bisherigen Massnahmen und mit der Finanzmarktaufsicht auf dem richtigen Weg. Eine Stärkung der Aufsicht liegt auch im Interesse der Marktteilnehmer.

Auch diese sind gefordert und zwar über ihre Berufsverbände: der Bankenverband, die Treuhändervereinigung und die Rechtsanwaltskammer. Es sind gemeinsame Marketinganstrengungen nötig, um im Rahmen der bei uns geltenden EU-Richtlinien neue liechtensteinische Anlagemöglichkeiten zu entwickeln und mit professionellem Know-how auf den Markt zu bringen, u.a. beispielsweise durch eine verstärkte Auslandspräsenz der liechtensteinischen Banken. So könnten für Liechtenstein neue Wettbewerbsvorteile entstehen.

Eine weitere Möglichkeit, aktives Lobbying für den Finanzplatz Liechtenstein zu betreiben, sehe ich in der Möglichkeit, dass der Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht einen Internationalen Beirat bestellen kann. Ein solcher Beirat könnte aus hervorragenden Persönlichkeiten der internationalen Finanzwelt zusammengesetzt sein und zur Verbesserung des Image des Finanzplatzes Liechtenstein beitragen. Ich

habe als damaliger Präsident der VP Bank vor über 20 Jahren einen Internationalen Beirat ins Leben gerufen und erfahren, wie viel ein solches Gremium zum positiven Image beitragen kann.

In Ihrem Resümee schreiben Sie weiter, Liechtenstein beuge sich unerklärlicherweise im Vergleich zu anderen Offshore-Finanzplätzen in die Defensive. Warum ist das aus Sicht des Präsidenten der Bankenkommission nicht richtig?

Die Angriffe, denen der Finanzplatz Liechtenstein vor allem in den Jahren 2000 und 2001 ausgesetzt war, haben zu einer Verunsicherung der internationalen Kundschaft geführt. Und weil sich schlechte Nachrichten rascher und nachhaltiger verbreiten als gute, ist heute eine Offensiv-Strategie vonnöten.

Schlechte Nachrichten
verbreiten sich rascher

Viele Anleger haben nämlich die gute Nachricht noch nicht zur Kenntnis genommen, dass sich auf dem Finanzplatz Liechtenstein vieles zum Positiven verändert hat: dass Liechtenstein schon vor drei Jahren wieder von der «schwarzen Liste» der FATF gestrichen wurde, dass die USA die Bemühungen Liechtensteins im Kampf gegen das internationale Verbrechen ausdrücklich anerkannt haben und dass der Internationale Währungsfonds in einem Bericht vom September 2003 die Gesetzgebung des Finanzplatzes Liechtenstein als «hoch stehend und modern» bezeichnet hat. Diese und weitere Erfolge bestätigen, dass wir uns nicht in der Defensive zu verstecken brauchen, sondern unsere Vorzüge durchaus in den Vordergrund stellen dürfen.

In welchen Bereichen wünschen Sie sich mehr Offensive und wie kann diese Vorwärtsbewegung aussehen?

Wir haben bereits über die Rolle der Regierung, der Aufsichtsbehörde und der Wirtschaftsverbände gesprochen. Wir dürfen nicht aus den

Augen verlieren, dass der Druck auf den Finanzplatz Liechtenstein nach wie vor anhält und dass unsere Reputation täglich neuen Risiken unterworfen ist. Es scheint mir deshalb wichtig, die gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, um auch künftig die Existenz des Finanzplatzes als wichtige Säule unserer Volkswirtschaft zu stützen und stärken.

Vor Missbrauch
schützen

Dies ist möglich, wenn es uns gelingt, den Finanzplatz vor missbräuchlicher Verwendung zu schützen, den Schutz der Kunden zu erhöhen und durch die Erfüllung internationaler Standards das Vertrauen und die Anerkennung für den Finanzplatz zu bewahren.

FACTBOX

Die Bankenkommission
im Überblick

Die Bankenkommission besteht aus fünf Mitgliedern:

- Heinz Batliner
- Markus Hasler
- Wolfgang Strub
- Markus Graf
- Hans Schmid

Tätigkeiten

Steht der Regierung als beratendes Organ bei der Beaufsichtigung der Banken, Finanzgesellschaften, Bankkonzerne und Investmentunternehmen zur Verfügung.

Befasst sich mit grundsätzlichen Fragen der Banken- und Fondsaufsicht und gibt Stellungnahmen an die Regierung ab.

Arbeitet ferner eng mit dem Amt für Finanzdienstleistungen zusammen, das die Arbeit der Bankenkommission in hervorragender Weise unterstützt.

Jahresbericht der
Bankenkommission

Der Jahresbericht 2003 kann beim Amt für Finanzdienstleistungen, Aulestrasse 51, 9490 Vaduz, bezogen werden. (pk)